

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12½ Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. 8sterr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das zweite Quartal 1866 werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen.

Politischer Theil.

Mundschau.

Berlin, 14. April.

In Deutschland hat sich in der Habsburg-Hohenzollern'schen Situation noch immer nichts geändert. Die ministerielle „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt officiös:

Die Wiener „Presse“ läßt sich telegraphiren, daß die preussische Antwort auf die letzte diplomatische Kundgebung Oesterreichs, die am 9. d. M. hier abgegeben wurde, bereits am Tage nachher im Ministerrath festgesetzt worden sei. Es ist dies unrichtig. Die preussische Antwort ist noch nicht erfolgt. (Die Nachrichten, welche die „Rhein. Ztg.“ hierüber erhielt, waren somit falsch. Die Red. d. „Soe.-Dem.“) Dagegen hören wir, daß bereits mehrere deutsche Regierungen, namentlich die von Bayern, Baden und Sachsen-Weimar, mündlich über den Antrag Preussens auf Einderung eines deutschen Parlaments und Beratung über eine Bundesreform sich beifällig geäußert haben.

Deutsches Nationalparlament! Wie merkwürdig! Graf Bismarck, der erbitterteste Gegner alles Parlamentarismus und starre Verehrer des persönlichen, monarchischen Regiments, Graf Bismarck, der sich hundertmal lieber zum Republikanismus bekehren ließe, als daß er dem Constitutionalismus auch nur die geringste Concession machte, Graf Bismarck und — ein deutsches Nationalparlament! Und dennoch ist es nicht anders. Man sprach das große Wort gelassen aus; was man sich darunter dachte, ist freilich eine andere Sache: eine gesetzgebende Versammlung gewiß nicht, vielmehr scheint es sich lediglich um eine Beratung zu handeln, „um“, wie es in dem preussischen Reformantrag wörtlich heißt, „die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten.“ Da wir jedenfalls noch oft darauf werden zurückkommen müssen, verlassen wir für heute dies Thema, um nur noch zu erwähnen, daß man hinsichtlich der von der „Allg. Ztg.“ gemeldeten angeblichen thatsächlichen Beschränkung des passiven Wahlrechts erfährt, „daß die Abgeordneten keine Diäten erhalten sollen“, was sich abermals sehr schlecht mit der „breitesten demokratischen Unterlage“ zusammenreimt, da es eine abermalige Privilegierung des Geldsacks auf Kosten der Intelligenz sein würde, so sehr, daß wir vorläufig gar nicht daran glauben können. Ferner führen wir noch an, daß, einem Correspondenten der „Nö. Ztg.“ zufolge, der Termin zum Zusammentritt des „deutschen National-Parlaments“ auf den 1. Sept. angesetzt und Graf Bismarck entschlossen sein soll,

im Falle sich die deutschen Regierungen in ihrer Majorität gegen den Antrag erklären sollten, das Parlament nach Berlin oder nach irgend einer andern preussischen Stadt zu berufen. Derselbe Correspondent will weiter aus sicherer Quelle erfahren haben, daß es mit dem Plane des preussischen Premiers in Uebereinstimmung stünde, ein Kumpfparlament zusammentreten zu lassen, „weil dieses für die Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage im Interesse der Annerionspolitik tractabler wäre. Uebrigens lägen mehrere Entwürfe der künftigen deutschen Reichsverfassung im auswärtigen Amte zur Copiarur vor, weraus geschlossen werde, daß diese Entwürfe den übrigen 31 „Mehreru des deutschen Reiches“ zur vertraulichen Begutachtung übersendet werden sollen. Ob einer dieser Entwürfe in der Eschenheimer Gasse selbst zur Vorlage gelangen soll, erhelle nicht aus dem ihm gewordenen Informationen.“ — Ueber die Haltung der Mittelstaaten liegen weitere Nachrichten vor. So erklärt die „Bayerische Zeitung“ vom 13. April die von mehreren Zeitungen gemeldeten Gerüchte, über die preussischen Vorschläge zur Reform der deutschen Bundesverfassung sei bereits eine Verständigung zwischen Preußen und Bayern erzielt, für grundlos, und fügt hinzu: Die bayerische Regierung kenne die preussischen Vorschläge ebensowenig, wie die andern Bundesregierungen, sie sei jedoch bereit, in eine Prüfung der von Preußen zu machenden Vorschläge einzutreten. Der württembergische Staatsminister Freiherr v. Barnbühler ist gestern in München eingetroffen, um mit Freiherrn v. d. Pfordten, namentlich in Bezug auf die Bundesreformfrage, zu conferiren. Wie das Habsburg'sche Cabinet die Hohenzollern'sche Reformidee behandelt, geht aus einem gestern telegraphirten Artikel der officiösen „Wiener Abendpost“ hervor. Derselbe spricht sich im Allgemeinen im Sinne der „Bayerischen Zeitung“ aus, daß gegenüber dem Antrage „Reserve“ geboten sei. Sie sagt:

Vor Allem ist nur abzuwarten, mit welchen positiven Vorschlägen Preußen hervortreten wird. Mag man immerhin in den Liberalismus, welcher die Grundlage Preussens deutscher Politik geworden sein soll, um so größeres Mißtrauen setzen, als sich die Wandelung etwas rasch und unmitelbar vollzogen haben müßte, mag man auch das Vorgehen Preussens, das nun mit einem einseitigen Vorschlage hervortritt, nachdem es 1863 gelegentlich der Reformacte den Mangel einer vorübergehenden Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen nicht lebhaft genug beklagen konnte, als ein feineswegs völlig consequentes ansehen: das Bedürfnis nach einer Reform ist in Deutschland ein so dringendes, die Nothwendigkeit einer zeitgemäßen Bundesreorganisation eine so allgemein anerkannte, daß die Bestrebung in dieser Richtung an sich gewiß nur auf Zustimmung rechnen kann. Oesterreich wenigstens ist heute, wie vor drei Jahren fest entschlossen, jeder Reform, die die wahren Grundlagen des gesamtdeutschen Staatslebens und der nationalen und freiheitlichen Bedürfnisse entspricht, seine Unterstützung zu verleihen, und kann in diesem Entschlusse, für den es bereits werthmäßig

eingetreten, dadurch nicht beirrt werden, daß etwas der Vorschlag von einer Seite ausgeht, von der man wenigstens eine Reform in diesem Sinne von vorn herein nicht erwartete. Das preussische Project wendet sich an die Regierungen; es will die Feststellung einer Vorlage, welche im Namen der Gesamtheit der Regierungen der Volkvertretung zur Prüfung dargeboten werden kann. Dazu ist eben ein positives concretes Programm Preussens notwendig und es wäre im Interesse Gesamtdeutschlands nur wenigstens ein wenigstens ein solches Programm, indem und weil es den wahren nationalen Wünschen und Aufgaben entspräche, zugleich die Zustimmung der deutschen Regierungen für sich haben könnte. Ironie nicht, so wird das preussische Cabinet bei dem Wunsche nach solcher Gesamtreform, aus dem entlosten Materiale zur deutschen Frage mit Glück einige Sätze der Reformacte herausgreifen können. Mag auch Manches in dieser Acte selber durch die Ereignisse überholt sein, insbesondere die schleswig-holsteinische Frage manche Verhältnisse in eine andere Entwicklung gedrängt haben: die dort aufgestellten Grundsätze haben in der That zu einer Verständigung geführt, die für die vollständige Einigung von mehr als vorübergehender Bedeutung werden könnte. Allerdings wären dazu Aufrichtigkeit und wirklich guter Wille notwendig. Preussens Vorschlag wird zeigen, ob und inwieweit die Besorgnisse unbegründet sind, welche dem Berliner Cabinet in Bezug auf diese Vorbedingungen fast ausnahmslos im außerpreussischen und wohl auch im preussischen Deutschland entgegen gehalten werden. Dafür, daß diese Besorgnisse existiren, bedarf es fast keines Beweises.

Der sächsische Minister Febr. v. Beust scheint von allen der wiederhaarigste werden zu wollen. In seiner Antwort auf die hohenzollern'sche Circular-Depesche vom 24. März hält er den Zeitpunkt für eine Bundesreform für durchaus nicht geeignet und verweist entschieden: 1) auf den Bund, 2) auf den Bund und 3) abermals auf den Bund. — In Preußen haben die Berliner Mitglieder des Nationalvereins — in Betreff dessen die schwarzweiße „Berliner Reform“ glaubt, daß jetzt sein Zeitpunkt gekommen sei — eine lange Resolution gefaßt, in der sie erklären, daß sie bei ihrem Programm (die preussische Spitze) beharren wollen, ferner, „daß der militärische und maritime Anschluß Schleswig-Holsteins als berechtigter Anspruch Preussens festzuhalten sei, daß aber die gewaltsame Annexion der Herzogthümer über diese in dem deutschen Verufe Preussens begründeten Ansprüche hinausgehen und Preußen mit der Verantwortlichkeit für den drohenden Krieg und die Einmischung fremder Mächte belasten würde.“ In Bezug auf den gegenwärtigen Antrag Preussens auf Bundesreform erklären sie, „daß eine solche nur unter einer Staatsleitung zum Ziele geführt werden könne, welche es sich zur ersten und unerlässlichsten Aufgabe lege, das verfassungsmäßige Recht des eigenen Landes unbeschränkt in volle Geltung zu setzen und den Ausbau der verfassungsmäßigen Freiheiten zu vollenden, weil nur in der Lösung der Volkskraft von den Banden des innern Konflikts Preußen die Kraft gewinne, seine große geschichtliche Aufgabe,

aus an überleiten Krieg u man de sicherung sein kö Hohenzoll soll dem daß Ho könne, vor dem nöthige, desselbe verfüg Schwä zollen's Kreizen rächst k neuen L stimmten von de schreib: Man glückliche öffentlich nem Refe Rheines göttliche Art von rufen, w ist wahr sicut we dann do selben u eine lecu mehr dar sondern Deutschle kommen, Mittelsta welche, die Zukunft und diese reichlich treten sigen E scheidend angelom Note föm nahe brin Wie dem H über na gut eru Ztg.“ Correspond vom G sch Be Blattes sich in Redacte dem er tung widert Oesterre was ma Knochen Eine A bewegun In d die „Pa sieren v abhalten wahlen dies bes Zeichen Mächte, über die Bevölker wird ge das Ger völkerun Razzia tüchtig, die Con Präfect daß das nur von legt sei, Joraelit

die Einigung Deutschlands in Macht und Freiheit zur eigenen Ehre und zum Wohle des gesamten Vaterlandes durchzuführen." Dagegen haben Abgeordnete aller Fraktionen in Karlsruhe sich für die Unterstützung des Hohenzollern'schen Reform-Antrages ausgesprochen. — Am 9. d. hat sich eine Versammlung der Stuttgarter „Volkspartei“ (auch „Triarier“ genannt) für eine engere Verbindung der Mittelstaaten unter einander ausgesprochen und vor einem Anschluß an Oesterreich gewarnt. — Unterdessen nehmen die Kriegsrüstungen in dem Hohenzollern'schen Staate ihren Fortgang. Aus Schlesien verlautet, daß die ansehnliche Verproviantirung in Cosse, auf sechs Monate sich befähigt hat; in Olav wird die hübsche Promenade unbarmherzig rasirt, in Reisse wie in den anderen schlesischen Festungen mit allen Kräften armirt. Anreinerungen vermeintlicher Spione haben bereits mehrfach stattgefunden, und in der Gegend von Hirschberg sind ein paar uniformirte Habsburger betroffen worden, die das Terrain recognoscirten. Ueberall ist erhöhte militärische Thätigkeit wahrzunehmen, und ein Theil der Breslauer Artillerie hat wegen Raum Mangels in der Umgegend untergebracht werden müssen. — Die „Kreuzzeitung“ fühlt ein geheimes, schlecht verhehltes Unwohlsein, wegen des allgemeinen directen Wahlrechts zum „Nationalparlament“. Graf Bismarck ist weniger ängstlich als derjenige Theil seiner Freunde, der ihm oft die Bitte zu Gott nahe legen mag, daß er ihn vor denselben bewahren möge; doch stehen die Kreuzzeitungsmänner mit ihrer Furcht nicht vereinzelt da. Auch im Schoße des Nationalvereins und der Fortschrittler überhaupt pochen die Juden- und Christenberzer.

Aus Frankreich ist keine Nachricht von Bedeutung zu melden. Preussische Blätter, worunter natürlich wieder die „Rdn. Ztg.“, heben jedoch hervor, daß Napoleon bei dem letzten Concerte in den Tuilleries sich besonders lange und freundlich mit dem Grafen v. d. Solz unterhalten, während Fürst Metternich sich genöthigt gesehen habe, bei den Sängern sich die Zeit zu vertreiben. Um nicht abermals der Staatsanwaltschaft Veranlassung zu einem „Mißverständnis“ zu geben und mit ihr in Conflict zu kommen, sehen wir uns genöthigt, unsere Bemerkung zu unterdrücken. — In der Sitzung des Senats vom 10. d. M. kam eine Petition zur Discussion, in welcher die Abschaffung des Artikels 45 der Verfassung verlangt wird, welcher den Franzosen verbietet, Petitionen an den gesetzgebenden Körper zu richten. Der größte Theil der Senatoren war außer sich, daß die Commission sich nicht darauf beschränkt hatte, die Petition ad acta zu legen, und wollte nicht dulden, daß man den Bericht, den dieselbe darüber abgefaßt, und der die Tagesordnung beantragt, vortragen werde, obgleich, wie der Präsident selbst erklärt, dies gegen das Reglement sei, dem zufolge über jede Petition berichtet werden müsse. — Der zweite Band der „Geschichte Cäsar's“ soll noch vor der Abreise des Kaisers nach dem Lager von Chalons in der Welt sein und in der wohlfeilen Ausgabe aus Tageslicht treten. Jene Abreise aber ist vorläufig auf Mitte nächsten Monats festgesetzt.

Bezüglich der Donaufürstenthümer-Frage ist, wie es heißt, zwischen den Mächten des Pariser Vertrages ein vorläufiges Abkommen dahin getroffen worden, daß jeder Versuch der Fürstenthümer, einen den bestehenden Tractaten zuwiderlaufenden Zustand thatsächlich in's Leben zu führen, sofort den Interventionsfall darstelle, und daß in einem solchen Falle neben der juxtaänen Pforte die beiden Grenzmächte Oesterreich und Rußland zu ersuchen sein würden, für die Wiederherstellung der tractatmäßigen Ordnung der Dinge behuf weiterer Entschliebung der Konferenz die erforderlichen Einleitungen zu treffen. — Nach Mittheilungen aus Bucharest hat der dortige Kriegsminister einen Bericht über die Aemterstärke des Landes veröffentlicht. Der Bericht constatirt, daß beim ersten Aufzuge 40,000 Mann Linientruppen, Grenzjoldaten und Dorobanzen (Landjäger), 32 Bataillone Milizen, aus ehemaligen Soldaten zusammengesetzt, und außerdem die Nationalgarden, die jetzt organisirt werden, marschbereit stehen würden. — 100 Geschütze könnten in der Zeit von einer Woche kriegsbereit sein. Um diese regulären Truppen würden sich alle Rumänen schaaren, die das Vaterland liebten. — Der Wiener „Presse“ wird gleichfalls von dort geschrieben, daß an dem baldigen Ausbruch einer neuen Revolution kaum mehr zu zweifeln sei und aus der Thatsache, daß die Neuwahlen für die Kammer fast durchweg zu Gunsten der extremen Partei ausfallen, geschlossen werden könne, daß eine Umwälzung dieser Partei an's Ruder bringen werde. Der Chef der demokratischen Partei, der reiche Gutsbesitzer Bratiano, hat Aussichten, bei der ersten Bewegung als Fürst oder als Präsident der „Rumänischen Republik“ ausgerufen zu werden. Die Bewegung scheint eine zweifache Richtung annehmen zu wollen, Alles aber in der Loslösung von der Türkei einig zu sein. Die eine der Bewegungen, von der extremen Partei ausgehend, strebt nach einem freien Rumänien unter einem auswärtigen Fürsten oder nach einer Republik. Die andere Bewegung, die sich in eine Menge von Parteien zerplittert, kommt in der Agitation für Befestigung des Hospodarats durch einen einheimischen Candidaten überein. Als solche Candidaten erweisen sich aber fast alle Mitglieder der provisorischen Regierung und des Ministeriums, die es an Nichts fehlen lassen, um die Aussichten des Nebenbuhlers zu verderben und in dieser Weise das Feuer des Parteigeistes zu schüren. Aus dieser Sachlage werden die letzten Nachrichten aus Bucharest erklärlich. Der Bericht des Kriegsministers über die Stärke der Armee, sowie das Nationalgardengesetz sind die Vorbereitungen, sich von der Türkei loszureißen, und die Candidaten für das Hospodarat in der provisorischen Regierung und im Kabinette schritten zur Auflösung der Kammer, die sich bekanntlich für einen auswärtigen Fürsten ausgesprochen hatte. Allem Anscheine nach wird aber die republikanische Partei den Sieg davon tragen, und man fürchtet und hofft den Ausbruch einer Erhebung dieser Partei, die, wenn nicht früher, bei dem Zusammentritt der neuen Kammern erfolgen dürfte. Dieser Sachlage schreibt man eben zu, daß die Pariser Vertrags-

mächte, von Allem genau unterrichtet, übereingekommen sind, die Verhandlungen in den Pariser-Conférenzen vorläufig nicht fortzusetzen, nachdem man den im Vertrage von 1858 aufgestellten Prinzipien eine erneute Sanction ertheilt zu haben scheint. Es darf hierbei nicht vergessen werden, zu erwähnen, daß die Bewegung in der Walachei nicht bis in die Moldau gedungen ist, und daß man sich in diesem letzteren Fürstenthume noch immer darauf beschränkt, die Auflösung der Union zu erstreben. — An sonstigen Nachrichten aus Rumänien haben wir noch mitzutheilen, daß die neue Kammer bereits am 10. t. M. eröffnet werden soll. Am 24. April findet die Wahl der Wahlmänner statt. Die Wahl der Deputirten wird am 29. April auf dem Lande und am 1. Mai in den Städten vorgenommen werden. — Die neuesten telegraphischen Nachrichten aus Bucharest vom 13. d. M. lauten: Zwei Mitglieder der Statthalterchaft sind nach Jassy gereist, woselbst Demonstrationen, die indessen ohne große Bedeutung geblieben, gegen die Union stattgefunden haben. Die Erhebung von Paphos in den Fürstenthümern ist aufgehoben. Die früheren Minister Crezulesco, Floresco, Balanescu, Caragiu sind von der Regierung in den Anlagensstand versetzt. Heute haben die Statthalterchaft und das Ministerium durch Plakate an den Straßen-Eden den Prinzen Karl Ludwig von Hohenzollern unter dem Namen Karl I. als Fürsten von Rumänien vorgeschlagen, und es ging das Gerücht, der Fürst würde demnächst hier eintreffen und sich präsentiren. Die Bevölkerung scheint damit zufrieden zu sein.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Ein Heer mit 60,000 Mann wird die christlichen Provinzen überwachen und im Fall von Unruhen in die Donaufürstenthümer einrücken. — Auf die Nachricht von einem Complot gegen den Sultan haben die Minister eine geheime Polizei von 550 Agenten errichtet.

Aus London wird telegraphirt, daß sich bei der Wiedereröffnung der Reform-Debatte im Unterhause ungeheure Theilnahme gezeigt habe; Corridore und Vorhallen waren gedrängt voll. Gladstone wurde allenthalben mit lebhaftem Beifalle begrüßt. Er beantragte die zweite Lesung des Reform-Entwurfes in längerer Rede. Carl Grosvenor stellte sein Amendement; Lord Stanley secundirte ihm. Nach Mitternacht wurde die Debatte vertagt.

In Italien soll in der militärischen Welt große Bewegung herrschen. Man darf annehmen, daß vorkommenden Falles sich alle Vorbereitungen fertig finden werden, um in wenigen Tagen beträchtliche Truppenmassen nach der österreichischen Grenze vorzuschieben. Cialdini würde alsdann das Oberkommando übernehmen. Man sucht aber schon aus finanziellen Rücksichten der Situation einen möglichst friedlichen Charakter zu bewahren, wie man denn auch selbst bei einem blutigen Ausbruche des Habsburg-Hohenzollern'schen Conflictes sich keineswegs blindlings in den Kampf stürzen würde. Prinz Napoleon hat mit dem Könige eine kurze Zusammenkunft gehabt. — Die „Italie“ druckt, ohne ein Wort für oder wider hinzuzufügen, die Nachricht der „Liberté“ ab: „Graf Arrese hatte am Sonnabend eine Unterredung mit dem Kaiser Napoleon. Die Unterzeichnung eines eventuellen Allianzvertrages mit Preußen ist eine un-

Feuilleton.

Deutsche Ostern.*)

Wacht auf, der Himmel steht in Brand,
Im Morgenwinde wehen
Die Fahnen, und das Vaterland
Soll endlich aufstehen.
Die Freiheit mit Posannensound
Rust schmetternd uns zum heil'gen Bund,
Zum heil'gen Bund der Völker!
Kein Preußen und kein Oesterreich,
Kein Bayern und kein Sachsen!
Ein einzig Volk, ein einzig Reich
Woll'n wir zusammen wachsen:
Ein einzig Deutschland, groß und hehr,
Frei von den Alpen bis zum Meer
Und fest wie seine Berge!
Die Zeit der Zwietracht sei vorbei,
Greißt einig All zum Schwerte!
Sobald wir einig, sind wir frei,
Das erste Volk der Erde.

Kings liegt die Welt in Freiheitsweh'n,
Ein jedes Volk will aufersteh'n,
Steh'n wir denn auf mit ihnen!
So schweb' empor, du deutscher Kar,
Hilg' und voran zum Streite;
Ihm nach, ihm nach, Du heil'ge Schaar,
Die Schwerter aus der Scheide!
Vorwärts, und unsre Lösung sei:
Ein einzig Deutschland, groß und frei
Und fest wie seine Berge!
Orleans. Hermann Semmig.

Belgische Arbeiterzustände.

(Aus dem Leipziger „Correspondent.“)
Es dürfte vielleicht an der Zeit sein, in einem Augenblicke, wo die sociale Frage aller Orten in den Vordergrund tritt, die Lage und Stimmung des Proletariats eines Landes zu beleuchten, welches, als Musterstaat des Constitutionalismus auf dem Continent, und zugleich die Resultate einer mehr als 30jährigen Praxis bürgerlich-liberaler Institutionen darbietet.

Wessen Schuld es ist, wenn man dabei mehr Schatten als Licht wahrnimmt, überlassen wir dem Urtheile der Leser. Die Grundlage aller Bildung, der Volksunterricht, ist von der Regierung stets vernachlässigt worden. Man hat ihn von den Gemeinden organisiren lassen, zwar bedeutende Staatsbeiträge zugesichert, durch das Gesetz von 1842 aber die Schulen dem Alerus untergeordnet, so daß der Schullehrer, namentlich auf dem Lande, ganz vom geistlichen Inspektor abhängt. Den obligatorischen Schulunterricht zu dekretiren, dazu hat es die liberale Regierung, gemeinschaftlich mit den liberalen Kammern, nie bringen können; und warum? Man höre und laune! „Weil der Zwangsunterricht die Freiheit des Familienvaters beeinträchtigt!“ — Nein, meine Herren Fabrikanten und Arbeitgeber: Blos, weil Ihr das Kind braucht in Euren Arbeitshäusern — Werkstätten will ich sagen; Kinder und Frauen liefern billigere Arbeit als Männer! — Einen ähnlichen Grund hat es wahrscheinlich, warum in Frankreich die Herren vom gesetzgebenden Körper einen so gewaltigen Abscheu vor dem obligatorischen Volksunterrichte haben. — Die Folgen dieser Zustände sind natürlich der traurigsten Art, denn die Statistik des Kriegs-Ministeriums über die Rekruten gewisser Bezirke zeigt uns, wie deren oft 25 bis 30 Proc. ohne allen Schulunterricht geblieben sind!

*) Aus dem „Deutschen Wochenblatt.“